

Wirtschaft

4,6 Millionen hätten Anspruch auf Mindestlohn

Studie: Jeder Siebte verdient weniger als 7,50 Euro

BERLIN. Bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 7,50 Euro hätten 4,6 Millionen Beschäftigte in Deutschland Anspruch auf eine Lohnerhöhung. Das hat das Institut für Arbeit und Technik (IAT) in einer Studie ermittelt. Auf die Unternehmen kämen zwar zehn bis zwölf Milliarden Euro Zusatzkosten zu. Sie würden aber auch von der gestiegenen Kaufkraft profitieren. Der Staat würde durch höhere Steuereinnahmen sowie durch 3,7 bis 4,2 Milliarden Euro Mehreinnahmen für die Sozialversicherungen seinen Nutzen ziehen.

Privater Konsum steigt

Nach den Berechnungen des IAT arbeiten 14,6 Prozent aller Beschäftigten oder etwa jeder Siebte zu Stundenlöhnen unter 7,50 Euro. Von einem Mindestlohn in dieser Höhe würden überdurchschnittlich gering Qualifizierte (28,8 Prozent) profitieren, ebenso Frauen (18,3 Prozent). Unter ausländischen Beschäftigten würden 17,5 Prozent den Mindestlohn bekommen. Die meisten - knapp 94 Prozent - wären aber Deutsche.

Da der Mindestlohn Beschäftigten in den unteren Lohngruppen zugute komme, würden die Einkommenssteigerung unmittelbar in den Konsum fließen, erwarten die Forscher. "Den eventuell steigenden Preisen stünde also eine mindestens gleichhohe Steigerung der Kaufkraft entgegen", erläutert Forschungsdirektorin Claudia Weinkopf. "Durch den Mindestlohn könnte es sich dann beispielsweise ein Wachmann leisten, zum Friseur zu gehen, auch wenn der Preis für den Haarschnitt leicht steigen würde."

Die Einführung eines Mindestlohns wird vor allem von Teilen der SPD gefordert. Regierungspartner CDU lehnt dies aber strikt ab. (BLZ)

Berliner Zeitung, 27.07.2006